

»Plattenbau-  
gebiete sozial  
und kulturell  
aufwerten!«

Katharina Hanser



# VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Mai 2020



## Solidarität in der Krise

Wie wir die Auswirkungen bewältigen. » Seite 3

## Eine Frage des Charakters

Die, die es schon vor der Corona-Krise schwer hatten,  
trifft der aktuelle Ausnahmezustand besonders.

DIE LINKE nimmt genau diese Menschen in den Blick.

Mitte April titelte der NDR: »Minijobber - in der Corona-Krise vergessen?« und wies auf die schwierige Situation hin, in der sich Minijobber befänden, die weder Anspruch auf Kurzarbeitergeld noch auf Arbeitslosengeld I hätten. Es seien diese Minijobber, die in Krisenzeiten schnell mal vor die Tür gesetzt würden - Kündigungsfristen: Fehlanzeige. Es seien ihre Arbeitgeber, die darauf spekulierten, dass jemand, der 450 Euro oder weniger verdient, nicht den Rechtsweg geht, vor allem wenn etwa in Corona-Zeiten keine Termine bei der öffentlichen Rechtsauskunft zu kriegen sind. »In der Krise zeigt sich der Charakter«, wird Helmut Schmidt in diesen Tagen zitiert. Wie ist es um den Charakter einer Gesellschaft bestellt, die den Reichtum Einiger in den letzten zwei Jahrzehnten auf dem Rücken derjenigen prekär Beschäftigten angehäuft hat, die als Lohn jetzt dafür im Regen stehen? In der

Krise zeigt sich der Charakter einer Gesellschaft in der Antwort auf die Frage, wen sie als besonders verletzlich und als besonders schützenswert ausmacht (was nicht das Gleiche sein muss, wie man in den griechischen Flüchtlingslagern immer noch sehen kann). In dieser Ausgabe werfen wir einen Blick auf Menschen, denen diese Krise besonders übel mitspielt, auch die ergriffenen Gegenmaßnahmen - Obdachlose etwa. Auch Künstlerinnen und Künstler, Gastronomen und andere kleine Selbständige nehmen wir in den Blick, denen große Teile ihres Einkommens wegbrechen. Wir fragen, ob und wie Heimunterricht soziale Verwerfungen zwischen verschiedenen Elternhäusern und Gesellschaftsschichten weiter manifestiert. Wir wollen den Fokus auf jene richten, die dieser Krise ungeschützt begegnen. Denn: Was formt den Charakter besser als eine neue Perspektive? *Thomas Feske*

## STÄDTISCHES KLINIKUM

### Gesundheit ist keine Ware

Unsichere Zeiten wie die gegenwärtige Corona-Pandemie machen deutlich, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist. Aus linkspolitischer Sicht darf Gesundheit nicht weiter zu einem Markt verkommen und sollte stattdessen aus öffentlicher Hand organisiert werden. Das Wohl des Menschen muss an erster Stelle stehen.

2017 ist aus dem Krankenhaus Dresden Friedrichstadt und dem Krankenhaus Dresden-Neustadt das Städtische Klinikum Dresden als Eigenbetrieb der Stadt hervorgegangen. Etwa 3.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den vier Dresdner Standorten Friedrichstadt, Trachau, Löbtau und am Weißen Hirsch beschäftigt.

Immer wieder greifen Medien die derzeitige finanzielle Situation des Städtischen Krankenhauses auf. Von einer »wirtschaftlichen Schiefelage« ist die Rede. Unsere Bürgermeisterin für Soziales und Gesundheit Dr. Kris Kaufmann erklärt im Interview, in welcher Situation sich das Klinikum gegenwärtig befindet und welche Strategien das Klinikum in die Zukunft führen sollen. » Seite 4

## WOHNEN

## Mietshäuser von STESAD an WiD übertragen

Mit »Auflösung des Treuhandvermögens« begann der sperrige Titel einer Vorlage, welche den Wohnungsbestand der städtischen STESAD an die städtische Wohnungsgesellschaft WiD übertragen wird. Inzwischen vor 30 Jahren begannen Überlegungen, die ausgedehnten Altbaugebiete in Pieschen, der Antonstadt und im Hechtviertel grundlegend zu sanieren, befanden sich doch die Viertel in einem baufälligen und nicht mehr zeitgemäßen Zustand. Zu dem Zweck wurden die städtischen Grundstücke in den Sanierungsgebieten einem Sanierungsträger treuhänderisch übergeben – der STESAD.

In den folgenden zwei Jahrzehnten wurden die Sanierungsgebiete gefördert, es wurde gebaut und die einzelnen Objekte von der STESAD gleichzeitig weitervermietet und verwaltet. Darüber hinaus nahm die STESAD die Bauherrenaufgaben wahr.



Sanierungen brachten solide Zustände – keinen Luxus.

Nach 30 Jahren sind die Sanierungsgebiete abgearbeitet. Die damals an die STESAD übertragenen Immobilien werden den zuständigen städtischen Firmen und Eigenbetrieben zur Nutzung übergeben, ein Kindergarten geht dabei an den Eigenbetrieb Kita, die Musikschule Glacisstraße an das Heinrich-Schütz-Konservatorium und die Wohnungen an die WiD. Die Wohnungen wurden nicht luxussaniert, sondern in einen soliden Zustand gebracht. Ziel war, die Mieten niedrig zu halten, damit die Wohnungen weiter im Sinne von belegungsgebundenem Wohnraum an Berechtigte erschwinglich vermietet werden können. Auch die WiD wird die Wohnungen in diesem Sinne weiter bewirtschaften und damit einen Beitrag zu sozial verträglichen Mieten leisten. *Tilo Wirtz*

## CORONA

## Soforthilfe für Freiberufler

Kleinstunternehmer, Selbstständige und Freiberufler\*innen sind von den Maßnahmen rund um die Corona-Krise schwer getroffen. Um sie schnell zu unterstützen, hat der Stadtrat ein Soforthilfe-Programm beschlossen, das den Betroffenen eine einmalige Zuwendung von 1.000 € in Aussicht stellt. Fünf Mio € wurden dazu von der Stadt bereitgestellt. Innerhalb weniger Tage gingen mehr als 5000 Anträge bei der Verwaltung ein, das Kontingent war schnell ausgeschöpft. Der Finanzausschuss beschloss daraufhin weitere fünf Mio € für das Soforthilfe-Programm zur Verfügung zu stellen. Der Ansturm auf die Soforthilfe zeigt deutlich, wie viele kleine Selbstständige und Freiberufler unter der aktuellen Situation leiden. *Die Redaktion*

# Corona & der Wille zur Freiheit

## Die Stadtgesellschaft zwischen Einschränkung, Verunsicherung und Solidarität

Seit Mitte März sind Distanzen von 1,5 bis 2 m und gründliches Händewaschen das Gebot der Stunde. Versammlungen von mehr als zwei Personen wurden verboten. Damit wurde de facto das Versammlungsgesetz lt. Artikel 8 Grundgesetz (GG) außer Kraft gesetzt. Ausnahmen zum Gebot Zuhause zu bleiben verunsichern viele Menschen. Die Bewertung der Maßnahmen liegt im Spannungsfeld der Artikel 2 GG (die Unversehrtheit und Freiheit der Person) und weiteren Freiheitsrechten bis hin zu Artikel 16a GG (Asylrecht). Über allem steht Artikel 1 GG – die Unantastbarkeit der Würde des Menschen.

Was ist richtig und was ist falsch in Zeiten der Corona-Pandemie? Richtig ist auf jeden Fall Solidarität. Für Viele wurde gelebte Solidarität zur Selbstverständlichkeit. Über soziale Netzwerke, Vereine oder Nachbarschaften wird Hilfe organisiert. Gabenzäune entstanden, um auf der Straße lebenden Menschen aus der größten Not zu helfen. Menschen nähern Behelfsbedeckungen für Nase und Mund, welche auch Alten- und Pflegeeinrichtungen notdürftig versorgen.

Wichtig wie kaum zuvor sind Informationen aus glaubwürdigen Quellen. Solche sind insbesondere die Zahlen und Einschätzungen, die täglich vom Robert-Koch-Institut und den Gesundheitsämtern veröffentlicht werden. Diese Institutionen veröffentlichen zudem regelmäßig fachliche Informationen zum Virus und schlagen Verhaltensweisen zur Risikovermeidung vor.

Gleichzeitig boomt aber auch das Geschäft mit der Angst. Verschwörungstheoretiker hatten schnell scheinbar schlüssige Antworten parat. Rassist\*innen entdecken wieder einmal alle »Anderen« (so z. B. Jüdinnen und Juden) als Verantwortliche der Pandemie. Es gibt auch Menschen, die in den Beschränkungsmaßnahmen vor allem einen Test mutmaßen, in welchem Umfang Einschränkungen der Freiheit durch staatliche Maßnahmen protestfrei möglich sind.

Aber für einen Teil unserer Gesellschaft entwickelten sich ganz reale Ängste: Vor dem Verlust



Nachbarschaftshilfe – eine Selbstverständlichkeit.

des Jobs, der Existenzgrundlage, Angst vor Abschiebung und davor, dass das Leben in Elendslagern wie auf Lesbos das Ende bedeuten wird. Manche Einschränkungen können wir aushalten. Aber jene, die Menschen auf der Flucht erleiden müssen, sind nicht hinnehmbar.

Stellen wir uns diesen Ängsten und den nicht hinnehmbaren Einschränkungen der Menschenwürde entgegen, damit wir gemeinsam wirklich frei sein können. Wenn wir gemeinsam für Demokratie und Solidarität mit allen eintreten, gehen wir als Einzelne und als Gesellschaft gestärkt aus dieser Krise hervor. *Dr. Margot Gaitzsch*



# »Krise nicht auf dem Rücken der kleinen Leute bewältigen«

Linke-Fraktionsvorsitzender André Schollbach warnt im DNN-Interview davor, nach der Bewältigung der Coronakrise die notwendigen Ausgaben mit einem Streichkonzert bei Sozialem, Jugendhilfe oder der Kultur zu finanzieren.



Foto: Dietrich Flechtner (DNN)

Fraktionsvorsitzender André Schollbach plädiert für ein Umdenken im Gesundheitssystem.

## Wie geht es Ihnen und Ihrer Familie?

Mein Tagesablauf gestaltet sich gegenwärtig anders als üblich. Da die Kindergärten geschlossen sind, kümmere ich mich natürlich viel mehr um unsere Kinder. Anstelle von Gesetzestexten oder umfangreichen Stadtratsvorlagen steht dann die Lektüre von »Der kleine Drache Kokosnuss« und »Der kleine Rabe Socke« auf dem Programm. Auch die Handpuppen Krokodil und Kasper stehen derzeit hoch im Kurs. Daneben habe ich aber auch meine politischen und beruflichen Pflichten zu erfüllen.

## Wie bewerten Sie das Krisenmanagement der Stadtverwaltung?

In der Stadtverwaltung wird unter Ausnahme-Bedingungen eine engagierte Arbeit geleistet. Dresden liegt bei den Corona-Infektionen je 100 000 Einwohner inzwischen unter dem Landesdurchschnitt. Und dies als Großstadt, in der viele Menschen auf engem Raum nah beieinander leben. Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, dass es gut für Dresden ist, mit Frau Dr. Kaufmann eine sachliche, unaufgeregte und überlegt handelnde Gesundheitsbürgermeisterin zu haben.

## Sind die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor dem Virus angemessen?

Das wird man seriös letztlich erst nach dem Ende der Corona-Krise beurteilen können, wenn die Wissenschaft das Geschehen genau untersucht und ausgewertet hat. Wenn wir aber die aktuelle Situation in

Deutschland mit der in den USA oder Großbritannien vergleichen, wird deutlich, dass in jenen Ländern, in denen zunächst ein ignoranter Umgang mit dem Virus herrschte und die Gesundheit von Menschen als marktwirtschaftliches Handelsgut betrachtet wird, die Todesfälle drastisch zunehmen und das Gesundheitswesen regelrecht kollabiert.

## Gesundheit nicht als Handelsgut ansehen.

## Befürchten Sie, dass nach der Krise soziale Aspekte zu kurz kommen werden? Weil die Wirtschaft schnell hochgefahren werden soll?

Die Krisenbewältigung darf nicht auf dem Rücken der kleinen Leute erfolgen. Es hätte fatale Konsequenzen, wenn jetzt notwendige Ausgaben später durch ein Streichkonzert bei Sozialem, Jugendhilfe oder der Kultur finanziert würden. Gerade diese Bereiche werden bei der Bewältigung der Folgen der Krise eine wichtige gesellschaftliche Funktion haben. Und deshalb: Wer verantwortlich handelt, der legt nicht die Axt an, wo mit nur wenigen Hieben ein großer und nachhaltiger Schaden angerichtet wird.

## Die Steuerausfälle werden verheerend sein. Was kann sich Dresden noch leisten?

Dresden hat in den vergangenen Jahren mit den von Linken, Grünen und SPD getroffenen Haushaltsentscheidungen gut gewirtschaftet. In Schulen und Kindergärten sowie den Kulturpalast und das Kraftwerk Mitte wurde kräftig investiert. Zudem haben wir wichtige Impulse bei der Jugendhilfe und im Sozialbereich gesetzt. Und dies alles ohne Aufnahme von Krediten. Damit ist unsere Stadt finanziell solide aufgestellt. Die zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise würden jedoch die Kommunen überfordern. Deshalb benötigen wir einen wirksamen finanziellen Schutzschirm des Freistaates für die Städte und Gemeinden.

## Würden Sie den Grünen zustimmen, die den Fernsehturm auf Eis legen wollen?

Beeindruckende 75 Prozent der Dresdnerinnen und Dresdner sprechen sich dafür aus, den Fernsehturm wieder für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Daraus ergibt sich ein deutlicher Auftrag an die politisch Verantwortlichen. Bund, Land und Stadt haben inzwischen die erforderlichen Gelder für die Revitalisierung des Fernsehturms zugesagt und eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Wir sind dem Ziel, den Fernsehturm endlich aus seinem Dornröschenschlaf zu erwecken, näher als je zuvor. Der eingeschlagene Weg sollte nicht wieder zerredet werden.

## Ein Streichkonzert wäre kontraproduktiv.

## Wo würden Sie auf keinen Fall sparen?

Wenn die erheblichen wirtschaftlichen Folgen der Krise überwunden werden sollen, wäre eine Politik des Sparens nicht nur nicht förderlich, sondern sogar kontraproduktiv. Ein derartiger Kurs drohte, die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen zu verstärken. Statt zu sparen, muss investiert werden. Ich halte es da ganz mit Keynes, einem der bedeutendsten Ökonomen. Schon nach der dramatischen Finanzkrise 2008 haben massive staatliche Investitionen dazu beigetragen, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

## Welche Lehren muss Dresden jetzt ziehen?

Um die gegenwärtige Krise meistern zu können, sind die Milliarden aus der Staatskasse allein nicht ausreichend. Ganz wesentlich sind auch von vielen Menschen gelebte Werte wie Solidarität, Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme und Gemeinschaftssinn. An diese Erfahrung sollten wir auch in der Nach-Corona-Zeit anknüpfen. Bei den Krankenhäusern muss vor allem die Gesundheit der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht, welche Operation sich wirtschaftlich rechnet. Hier ist ein generelles Umdenken im Gesundheitssystem erforderlich. Denn Gesundheit ist keine Ware.

Interview: Thomas Baumann-Hartwig, Auszug, *Dresdner Neueste Nachrichten* vom 21. April

# Gesundheit finanzieren

Interview zur wirtschaftlichen Lage des Städtischen Klinikums Dresden mit unserer Bürgermeisterin für Gesundheit und Soziales Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

## Kris, wie ist die wirtschaftliche Lage des städtischen Klinikums?

Zunächst: Die medizinische Leistungsfähigkeit des Städtischen Klinikums (KHDD) ist unbestritten, die Kollegen machen einen hervorragenden Job! Allerdings besteht ein Ungleichgewicht zwischen der guten Betreuung und den Wirtschaftszahlen. Das Klinikum ist 2017 in die Verlustzone geraten. Seitdem ist es nicht mehr aus dem Negativbereich herausgekommen. Auch 2020 werden wir mit einem Minus abschließen. Wir stehen mit diesem Negativtrend jedoch nicht alleine da. Das zeigt: Es läuft etwas schief in unserem Gesundheitswesen.

## Welche Ursachen hat die Situation?

Das Finanzproblem ist äußerst komplex. Wir haben deshalb im letzten Jahr die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young GmbH mit einer Analyse beauftragt. Das Fazit der Prüfer: Das Klinikum hat sowohl ein Einnahmen- als auch ein Ausgabenproblem. Außerdem fehlt es an einer langfristigen Strategie für eine stabile Zukunft. Jetzt gilt es durch nachhaltige Maßnahmen aus der Negativspirale rauszukommen. Dabei geht es auch darum, die Fusion der vormals beiden getrennten Eigenbetriebe abzuschließen. Als Beispiele seien die Krankenhausapotheke und die Labore genannt. Dadurch lassen sich Kosten reduzieren, ohne dass es zu Einschränkungen kommt. Gleichzeitig wird ein strategischer Plan für die Entwicklung des KHDD bis 2035 entwickelt. Dafür



Der Neptunbrunnen im Außengelände des Klinikstandortes in der Friedrichstadt.

nutzen wir erneut Ernst & Young, die von einem Begleiteteam (Vertretern des Stadtrats, des KHDD und der Stadtverwaltung) unterstützt werden. Natürlich werden wir nicht alle Probleme, mit denen das KHDD zu kämpfen hat, auf kommunaler Ebene klären können. Bei der Reform der Krankenhausfinanzierung und des DRG-Systems sind sowohl der Freistaat Sachsen als auch der Bund gefragt. Dass die ohnehin schon klammen Krankenhäuser und ihre Träger ein Fünftel der Investitionskosten selbst aufbringen müssen, ist für mich ein Übel! So poche ich weiterhin vehement darauf, dass das Land notwendige Investitionen zu 100 Prozent übernimmt.

## Was änderte die Fusion 2017?

Ich bin froh, dass das Klinikum jetzt über ein Leitbild verfügt. Es wurde von einem Team aus Belegschaft und Be-

triebsleitung erarbeitet. Das ist sinnvoll und wichtig. Es reicht nämlich nicht, Verwaltungsstrukturen zusammenzulegen. Gerade eine Klinik dieser Größe braucht einen gemeinsamen Geist und klare Ziele. Vereinheitlicht wurden bislang Dienstleistungen wie Speiserversorgung, Wäscherei und Reinigung. Gerade in der Informationstechnik besteht noch großer Nachholbedarf.

## Welche Arbeitsbedingungen bietet das städtische Klinikums?

Das Städtische Klinikum Dresden genießt einen sehr guten Ruf. Wie sonst hätten wir es geschafft, in den letzten zwölf Monaten über 100 neue Pflegekräfte zu gewinnen? Wir sind tarifgebunden und zahlen eine Vergütung nach TVöD-K/VKA, dies ist unbestritten die Leitwährung für anständige Bezahlung. Das soll so bleiben.

## Wie kann das städtische Klinikum neben den konkurrierenden privaten Kliniken und dem Uniklinikum in Dresden bestehen?

Indem wir die klinikumsinternen Hausaufgaben lösen, an unsere Patienten und Mitarbeiter denken. Ich erwarte von der Betriebsleitung, dass sie die Belegschaft empathisch und verlässlich einbezieht. Mit dem neuen Ersten Betriebsleiter Marcus Polle ist das Klinikum auf einem sehr guten Weg. An effizienten Strukturen und Prozessen wird an vielen Stellen mit Hochdruck gearbeitet. Eine große Herausforderung ist die Außenwahrnehmung, sie wird den guten Leistungen der Kollegen nicht gerecht. Wenn viele zufriedene Patienten und Mitarbeiter ihren Familien, Freunden und Bekannten über ihre positiven Erfahrungen im Städtischen Klinikum berichten, könnte sich das aber ändern. So ist unser städtisches Klinikum beispielsweise in der Dermatologie, in der Augenheilkunde und der geriatrischen Rehabilitation ein echter regionaler Primus.

## Welche Zukunftsvision habt ihr für das Klinikum?

Alterung ist ein großes Thema. Auch Digitalisierung und Ambulantisierung von bislang stationären Leistungen müssen wir im Fokus haben. Das muss Teil der Unternehmensstrategie sein. Über die Details werden wir im Begleiteteam sprechen. Insofern möchte ich dem Konzept nicht vorgreifen.

*Die Fragen stellte Jana Neveling*



## OBDACHLOSIGKEIT

### Sozial Benachteiligte in Coronazeiten

Die Corona-Krise bedeutet speziell für wohnungslose Menschen eine starke Verschlechterung ihrer ohnehin sehr schwierigen Lebenslage. Die meisten Angebote der freien Träger sind derzeit stark reduziert, beispielsweise finden Beratungen nun hauptsächlich telefonisch oder online statt. Das stellt für viele Betroffene eine Hürde dar, zudem entfällt dadurch auch ein wichtiger persönlicher Kontakt.

Für Obdachlose kommt jetzt besonders erschwerend hinzu, dass die Tagestreffs geschlossen sind und auch die Möglichkeiten zum Duschen und Wäschewaschen entfallen. Wie sollen so hygienische Standards, die gerade jetzt wichtig sind, gewahrt werden? Auch finanzielle Einnahmequellen für Wohnungslose sind stark eingebrochen. Es ist schlimm genug, dass Menschen in diesem reichen Land auf das Sammeln von Pfandflaschen, Betteln oder den Verkauf von Straßenzeitungen angewiesen sind.

Durch Ausgangsbeschränkungen ist nun diese Einnahmequelle ganz eingebrochen. Ein weiteres Problem könnte künftig die Verknappung von illegalisierten Rauschmitteln werden. Kalte und unbetreute Entzüge in unbekanntem Rückzugsräumen oder der Ausgleich mit Mengen an Alkohol könnten darauf folgen. Das ist lebensbedrohlich.

Wie schon mehrfach über soziale Medien zu lesen war, scheinen Obdachlose bereits öfter von Polizeimaßnahmen betroffen gewesen zu sein. Das ist absolute Schikane und hat nichts mit dem vom Innenminister Wöllner (CDU) angepriesenen angeblichen Handeln nach »Augenmaß« zu tun. Wer nichts an materiellen Dingen hat und schon an sozialen Kontakten verhältnismäßig arm ist, der möchte verständlicherweise wenigstens seine Freund\*innen und Bekannten treffen. Die sozialen Kontakte sind mit das wichtigste, was diese Menschen derzeit überhaupt noch haben.

*Christopher Colditz*

Nicht locker lassen!

Sozialstaat vor und nach  
der Pandemie » Seite 2

Den Menschen helfen.

Landtagsopposition in der  
Stunde der Exekutive » Seite 3

Sommerferien?

Zur Ungewissheit für Kinder  
und Jugendliche » Seite 6

05

»Bedarfsge-  
meinschaften  
gehören  
abgeschafft!«

Katja Kipping



# MITTENDRIN

Sozialistische Schrift für Dresden

Mai 2020

## Zeit der Ungewissheit

Auch für freie Künstler verschärft die Pandemie die ohnehin prekäre Situation.

» Seite 4

## Zeit für Korrekturen

Der gesellschaftliche Krisenmodus zeigt beeindruckend, was politisch alles möglich und ökonomisch alles verzichtbar ist.

Während wir uns gerade auf der ersten Stufe einer langen Treppe aus der Corona-Krise befinden, warnen Virologen bereits vor einer zweiten Infektionswelle. Das Coronavirus hat nach wie vor gravierende Auswirkungen auf alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Unsere Gesellschaft versucht sich bestmöglich mit einer Pandemie zu arrangieren, die es in diesem Umfang zuletzt vor rund 100 Jahren gab. Folglich mangelt es an praktischer Erfahrung zur Bewältigung dieser Krise und auch politische Entscheidungsträger\*innen sind auf den Rat von Expert\*innen angewiesen. Die beschlossenen Maßnahmen sind durchaus umstritten,

werden aber von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert. Krisenzeiten sind traditionell Regierungszeiten.

In der Opposition geht es derzeit bunt zu: die Liberalen fordern eine möglichst rasche Rücknahme aller Beschränkungen, um das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden. Der Höhenflug der Grünen wurde vorerst gestoppt, weil Covid-19 selbst die allgegenwärtige Klimadebatte unterbrochen hat. Von der extremen Rechten ist lediglich entlarvende Inkompetenz zu vernehmen. Wir als LINKE erleben gerade, dass unsere zentralen politischen Forderungen der letzten Jahre endlich salonfähig wer-

den. Die angemessene Bezahlung systemrelevanter Berufsgruppen sollte nun ebenso umgesetzt werden wie die flächendeckende Digitalisierung.

Die Corona-Pandemie zeigt uns aber auch, was im Leben wirklich wichtig ist. Dennoch ist es mehr als fraglich, ob unsere globalisierte Gesellschaft aus dieser Krise die richtigen Schlüsse ziehen wird.

Was uns aber auf jeden Fall bleibt, ist die Erinnerung an eine Ausnahmesituation, in der die Chance bestand, den politischen Kurs mit großer Zustimmung in Richtung einer sozialeren und nachhaltigeren Politik zu korrigieren.  
*Anne Holowenko*

### EDITORIAL

## Ein seltsamer Mai

Eigentlich sollte diese Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift eher erscheinen, um zu unserem nun schon traditionellen Maifest am Alaunpark einzuladen. Das Corona-Virus hat uns allerdings einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht und so bleibt uns für's erste nur die Erinnerung an die schönen Feste der letzten Jahre. Mehr noch - das Virus dominiert natürlich auch unser Blatt, denn neben dem medizinischen ist die Pandemie ja auch ein politisches Problem. Jan Maihorn berichtet auf über die Nöte der freien Künstler\*innen in diesen Zeiten. Halina Wawzyniak beleuchtet die Frage der Grundrechte und deren Einschränkung und Cornelia Ernst das Versagen der EU. Damit beschäftigt sich auch ein Beitrag der Linksjugend mit dem Bericht über eine Aktion für die Flüchtlinge in Moria. Wir hoffen, dass wir den Fokus bald wieder auf andere Themen lenken können und wünschen Euch allen natürlich, dass Ihr gesund bleibt!  
*Uwe Schaarschmidt*

# Soziale Krise nach der Corona-Pandemie verhindern!

Millionen Menschen kommen im Zuge der Coronakrise in soziale und wirtschaftliche Nöte.

Als Linke haben wir vom Moment, an dem sich die Krise andeutete, Druck gemacht für soziale Maßnahmen wie:

- ein Pandemie-Überbrückungsgeld für alle, deren Einkommen durch die Pandemie wegfallen,
- ein Aufschlag von 500 Euro und besserer Schutz für alle systemrelevanten Berufe, wie im Pflege- und Gesundheitsbereich und
- die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent.

Bisher blockieren die Regierungsektionen, vor allem die CDU, diese wichtigen sozialen Maßnahmen.

## Erleichterungen bei Grundsicherung und im Bereich von Hartz IV

Doch unterhalb dieser Maßnahmen konnten wir so manche Verbesserung und Erleichterung bei der Grundsicherung mit erkämpfen. So kann jeder, dessen Einkommen wegbriecht und der deswegen zu wenig Geld für Lebensunterhalt und Miete hat, jetzt Anspruch auf Grundsicherung stellen. Im Vergleich zu den bisherigen Anforderungen im Bereich Hartz IV wurden zu dem einige Dinge gelockert:

- Es werden für 6 Monate die tatsächlichen Kosten für Unterkunft übernommen, auch wenn sie über den bisherigen Angemessenheitsgrenzen liegen.

- Die Vermögensprüfung wird ausgesetzt. Man muss bei der Antragstellung nur erklären, dass man nicht über »erhebliches Vermögen« verfügt.
- Die Bedürftigkeitsprüfung wird an die kurzfristigen Einkommensverluste angepasst: Vorläufige Leistungen, die auch das niedrigere prognostizierte Einkommen berücksichtigen, werden nicht wie bisher nur für einen Monat, sondern für sechs Monate bewilligt.
- Auf Rückforderungen wird verzichtet. Wenn Leistungen vorläufig für 6 Monate bewilligt und ausgezahlt wurden, wird danach nur auf Wunsch der Betroffenen geprüft, ob die Prognose stimmte. D.h. wenn sich deren Einkommen doch besser entwickelt hat als vorhergesehen, wird trotzdem nichts zurückgefordert.
- Anträge auf Weiterbewilligung sind vorerst nicht nötig. Wenn ein Bewilligungsbescheid zwischen dem 31. März und dem 30. August 2020 endet, werden die Leistungen automatisch weiter bewilligt. Dies alles gilt zunächst für Anträge, die zwischen Anfang März und Ende Juni gestellt werden.

## Bedarfsgemeinschaften endlich abschaffen!

All das ist natürlich noch lange nicht die grundlegende Überwindung von Hartz IV, die wir fordern. Aber viele diese Erleichterungen wurden von uns zuerst gefordert. Sie sind also ein Beleg dafür, dass Links wirkt.



Höchste Zeit, die Hartz-Gesetze endlich zu kippen.

Unsere nächsten Anträge im Bundestag sind ein monatlicher Zuschlag von 200 Euro auf alle Sozialleistungen und die Aussetzung der Anrechnung des Partner\*inneneinkommens.

Als LINKE kritisieren wir seit Anfang an dieses Konstrukt »Bedarfsgemeinschaft« und setzen stattdessen auf individuelle soziale Rechte. Jetzt in der Krise ist die Anrechnung der Partner\*inneneinkommen besonders absurd. Sie führt zu einem enormen bürokratischen Prüfaufwand, den die Sachbearbeitenden in den Jobcentern gerade schon so kaum

bewältigen können angesichts der hohen Zahl an neuen Anträgen. Außerdem gilt: Menschen sollten nicht gezwungen werden, Taschengeldempfänger zu werden. Vielmehr sollten sie eine eigenständige Grundsicherung bekommen. Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf: Setzt endlich die Anrechnung des Partner\*inneneinkommen aus. Es ist höchste Zeit für ein Bedarfsgemeinschaftsmoratorium. Wenn die Krise abflaut, ist dann zu prüfen, ob sich dies bewährt hat und auf Dauer gestellt werden kann.

Katja Kipping

## SOLIDARITÄT LEBEN

### Haus der Begegnung etabliert sich als Sammelort für Spenden



Obdachlose leiden besonders unter Restriktionen.

Erneut können die Möglichkeiten, welche die Räume im Haus der Begegnung in Pieschen bieten, für einen guten Zweck genutzt werden. Unter dem Motto »für eine solidarische Stadt von allen – für alle« steht das HdB diesmal als Ort für eine Sammlung zur Verfügung, die Obdachlosen zu Gute kommt. Gesammelt werden Schlafsäcke, Desinfektionsmittel, Masken, Handschuhe und Isomatten. Diese werden dann der Treberhilfe Dresden e.V. und der Heilsarmee in Dresden übergeben und weiter verteilt.

Montag bis Freitag können die Spenden von 10-16 Uhr im Erdgeschoss abgegeben werden. Fragen dazu könnt ihr an [kontakt@dielinke-dresden.de](mailto:kontakt@dielinke-dresden.de) und/oder die 0351-8583801 richten.

Zur Info: In einigen Stadtteilen haben sich auch so genannte Gabenzäune etabliert, hier ist z.B. die Gruppe »polar« aktiv, um u.a. die Fragen zu beantworten »Was ist mit den Menschen, die sich nicht zurückziehen können? Die keine eigene Wohnung haben?« Die Methode: die Orte sind frei zugänglich und können jederzeit von jeder Person mit Spenden bestückt und eben auch entnommen werden. Adressiert sind die Gaben an Obdachlose und andere Hilfsbedürftige. Seht Ihr also im Stadtbild einen Zaun, an dem viele Beutel hängen, so ist dies keine Unart, sondern ein solcher Gabenzäun, den Ihr auch gern mit bestücken könnt. Dabei sollten keine schnell verderblichen Lebensmittel verwendet werden – es wird ja wieder wärmer.

Kristin Hofmann

# Die Stunde der Opposition

Der Landtag hat beschlossen: Sechs Milliarden Euro sollen zur Linderung der Corona-Krise ausgeschüttet werden. Die LINKE warnt vor unsozialen Einsparungen nach der Pandemie.

Am Vormittag des 3. April 2020 kam der Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Aus Sicherheitsgründen nicht im Plenarsaal, sondern im deutlich größeren Kongresszentrum nebenan, um den Sicherheitsabstand zu gewährleisten. Um elf Uhr strömten die Abgeordneten in den Saal, vor dem Gesicht die Maske, die am Eingang verteilt wurde. Zwar wurde zuvor über eine Verkleinerung des Landtags bei Beibehaltung der Stärkeverhältnisse verhandelt. Aber für diese besondere Sitzung mussten möglichst alle Mitglieder zusammenkommen. Denn für den Beschluss der vorliegenden Gesetzentwürfe war eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig, und zwar der gewählten Abgeordneten, nicht der anwesenden. So ist es in der Verfassung verankert, um trotz festgeschriebener Schuldenbremse eine Kreditermächtigung zu beschließen, indem eine Notsituation festgestellt wurde.

## Hilfe für Menschen ohne Lobby

Wir als Fraktion DIE LINKE hatten bereits vor der Staatsregierung in einem Antrag gefordert, eine Notsituation festzustellen. Es liegt auf der Hand, dass angesichts der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie Geld in die Hand genommen werden muss, um schnell und nachhaltig zu helfen und als Parlament handlungsfähig zu bleiben. Folglich hatten wir vorab unsere Zustimmung signalisiert, die auch eine Zwei-Drittel-Mehrheit ohne AfD sicher gestellt hätte.



Dresden am 9. April. Der Landtag tagt verumumt.

Der Knackpunkt ist allerdings ein anderer. So sieht die Verfassung vor, dass das als Kredit aufgenommene Geld, sechs Milliarden Euro, innerhalb von acht Jahren getilgt werden muss.

Ganz im Sinne der Sparpolitik der CDU würden bei künftigen Haushalten vor allem im sozialen Bereich Gelder zusammengestrichen werden, wie etwa bei der Kinder- und Jugendhilfe - und

damit diejenigen Menschen treffen, die keine Lobby haben. Deshalb ist eine unserer wichtigsten Forderungen, die Verfassung zu ändern und die Frist von acht Jahren zu streichen. In unserem Entschließungsantrag, der von der Kenia-Koalition abgelehnt wurde, forderten wir außerdem eine »Privatisierungsbremse«, die für Veräußerungen der öffentlichen Daseinsvorsorge künftig einen Volksentscheid voraussetzt.

## Rolle der Opposition um so wichtiger

»Wenn wir etwas in dieser Krise lernen, dann, dass Privatisierung unser System anfällig macht und dass sich Gesundheit weder rechnen muss, noch rechnen darf. Sie ist genauso wie Bildung Teil der Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Hand«, sagte Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt in seiner Rede. Damit brachte er die Probleme auf den Punkt, auf die wir als LINKE schon lange vor Corona aufmerksam gemacht haben. Jetzt treten sie umso deutlicher zutage. »Die Krise ist die Stunde der Exekutive«, ist ein Satz, den ich in den vergangenen Wochen wieder häufig gehört habe. Umso wichtiger ist eine kritische und aufmerksame Opposition, die diese Exekutive kontrolliert und treibt. Denn die Krise wird uns noch lange beschäftigen, jetzt und in Zukunft. Als LINKE müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Folgen der Krise nicht auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die schon jetzt am meisten unter ihr leiden.

Sarah Buddeberg

## SOLIDARITÄT

### Der kubanische Kampf gegen Corona

Ausgebrochen im chinesischen Wuhan, hat sich der Corona-Virus inzwischen auf allen Kontinenten ausgebreitet und eine weltweite Pandemie ausgelöst. China und Kuba haben Ärzte und Medikamente gemeinsam zum Einsatz gebracht und bieten inzwischen betroffenen Ländern wie z. B. Italien solidarische Hilfen an. Die weltweite Pandemie nahmen China, die Schwellenländer, der kubanische Kirchenrat und andere zum Anlass die USA aufzufordern alle Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und Iran aufzuheben. Unterstützt in dieser Forderung wird Kuba von acht US-Organisationen, um den Transport von humanitären und medizinischen Hilfsgütern nach Kuba zu erleichtern. Statt die Sanktionen zu beenden, blockieren die USA jedoch die Lieferung chinesischer Hilfsgüter für Kuba gegen die Corona-Pandemie.

Testkapazitäten konnten auch mit Hilfe von Sachspenden befreundeter Länder erhöht werden. Kuba ist weiterhin bereit mit Ärzten und Medikamenten international solidarische Hilfe zu leisten. So erlaubte Kuba einem britischen Kreuzfahrtschiff mit Corona-Erkrankten an Bord die Einfahrt in den Hafen Mariell. Erkrankte wurden medizinisch versorgt und allen der Heimflug ermöglicht.

Andreas Grünzig

#### Spendenkonto Cuba Si bei DIE LINKE.Dresden

IBAN: DE 93 850 50 300 312 018 3074

Verwendungszweck: »Milch für Kubas Kinder« oder »Kuba muss überleben/KRH2019« (Spenden für ein Krankenhaus)



Kämpft stetig für internationale Solidarität: Cuba Si.

In Kuba selbst wird die Bekämpfung von Covid-19 sehr ernst genommen und es wurden strikte Maßnahmen bis hin zu örtlicher Quarantäne veranlasst. Die

# Kultur-Einzelkämpfer ohne Verwendung

Zur Situation der freien Theaterschaffenden – nicht nur – während der Corona-Pandemie

Es ist wirklich ein Trauerspiel, wie einsam meine Artverwandten und ich im Theater- und Konzertbetrieb jetzt dastehen. Denn schon lange vor den corona-bedingten Schließungen von Veranstaltungsorten waren die freien Bühnenschaffenden ja immer vereinzelt, wenn auch zusammen auf und an der Bühne. Natürlich: Wir haben uns das ausgesucht! Oder etwa nicht? Werden die Ensemble nicht immer kleiner? Wieviele feste Hausregisseur\*innen leisten sich die Häuser, wieviele feste Techniker\*innen, Musiker\*innen? Antwort: Sehr wenige, möglichst wenige, keine. Wofür viel Geld da ist, verstört uns vor allem an großen Häusern, weniger an kleinen, jungen oder gar freien Bühnen. Sei es Schauspiel, Bühnenbild, Regie, Ton, Licht, Choreographie usw. – jede\*r im freien Berufsfeld ist stets auf das Verständnis und Wohlwollen der jeweiligen Auftraggeber angewiesen. Da hilft auch keine Mindestgagen-Verkündung des Bühnensvereins, denn letztendlich verhandeln wir Freien immer Geld X gegen Zeit Y, sitzen am kürzeren Hebel, wollen wieder angerufen werden. Selbst wenn man also mal »ordentliches Geld« bekommt, ist es dann oft Geld für eine 60-Stunden-Woche. Oder man bekommt als Musiker\*in für einen 2-stündigen Auftritt zwar 150 Euro, aber inklusive der Vorbereitung, einer Probe und des Soundchecks mit allen Beteiligten ergibt dieser Betrag wieder nur einen Stundenlohn von 8 Euro - brutto!

## Verständnisprobleme allerorten

Doch auch auf der anderen Seite, bei der Künstlersozialkasse und den Ämtern, muss man immer noch erklären, was die freie Arbeit am Theater eigentlich ist und warum hier nicht der Begriff vom »gut bezahlten Hobby« zutrifft. Dabei sind unsere Berufsbilder doch hinlänglich bekannt, unsere festangestellten Kollegen machen ja das gleiche! Wir greifen in die Saiten und Tasten, an die Regler und Lampen,



Arme Poeten, klamme Musiker: Künstler leben oft am Existenzminimum.

entwerfen Kostüme und Kulissen, proben, lernen, streiten und gehen auf die Bretter, die der Welt etwas bedeuten. Nur eben dies alles selbst und ständig, ohne Personalrat, ohne erschwungliche Gewerkschaft, ohne Gewissheit über die Jahreskalender und Urlaub. Oft werden Verträge nur mündlich gemacht oder erst im Nachhinein ausgestellt – die Arbeit ist längst getan. Solange alle Veranstaltungen noch liefen, haben wir uns im Hamsterrad-Parcour gut geschlagen, auch wenn das oft zeitgleich laufende Produktionen, 16-Stunden-Schichten oder unbezahlte Proben bedeutet hat. So und mit allerlei Nebenjobs haben wir es durchgehalten, sind über die Runden gekommen. Wir haben immer wieder die weißen Stellen im Kalender finanziell ausgeglichen, die jeweils spartentypische Saure-Gurken-Zeit überstanden, unsere

Familien ernährt oder unterstützt. Aber wir hatten nie ein Netz unter uns: In der Künstler\*innensozialkasse sind eben keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung vorgesehen, und auch beim Finanzamt muss man als Schauspieler\*in oftmals erst beweisen, dass eine Zugfahrt zu einer entfernten Premiere wirklich nötig war.

## Hoffnung auf ein Umdenken

Von jemandem, der in Sachsen schnell und erfolgreich an die versprochene Soforthilfe für Freischaffende herangekommen ist, habe ich bis heute nicht gehört. Nur von einigen, auf die laut Behörde die Hilfskriterien eben gerade nicht zutreffend seien. Für diejenigen Kollegen, die momentan das Arbeitslosengeld I (auf)brauchen,

gibt es als nächste Stufe eigentlich nur Hartz IV. Ich hoffe sehr, dass so viele wie möglich nach der Coronakrise ihre Arbeit wieder aufnehmen können – an möglichst vielen Theatern, die dann hoffentlich noch Gelder haben. Vielleicht geht es ja sogar mit weniger Premieren pro Spielzeit, dafür mit weniger Druck und fairer Bezahlung?

Jan Maihorn

## Zur Person

Jan Maihorn, wurde 1977 in Berlin geboren. Er arbeitet als freier Komponist und Musiker in Dresden, derzeit am Theater Junge Generation.

## BUCHTIPP

# Bandonionvereine — ein Stück Kultur der Arbeiterbewegung

**B**andonionvereine waren insbesondere während der Weimarer Zeit ein wichtiger Kulturfaktor im Alltagsleben von Arbeiterfamilien. Die frühe Gründung der Vereine, die ab 1874 von Chemnitz über Leipzig ausging, verbreitete sich über Berlin, die Hansestädte bis ins Ruhrgebiet. Das Buch ist die erste grundlegende Zusammenfassung dieser einzigartigen Kulturgeschichte und dokumentiert einen ca. 100jährigen Werde- bis

Abgang. Im Buch wird eine frühe Musikbewegung der Arbeiterklasse zeitlich und politische in den Rahmen populärer Musik eingeordnet. In den 100 Jahren ihres Bestehens überdauerte sie zwei Weltkriege und die NS-Zeit, bis sie nach dem 2. Weltkrieg allmählich »aus der Zeit fiel und vergessen wurde. Das Buch ist literarisches Denkmal an ein höchst beliebtes Vereins- und Musikwesen früherer Arbeiterkultur.

»Bandonionvereine«  
blattFuchs Verlag  
480 Seiten  
Erschienen am:  
6. Februar 2020  
ISBN: 9783946652267



Vergessenes Instrument der Arbeiterkultur: das Bandonion.



# Grundrechte in der Krise

Mit weniger Freiheitsrechten wird staatliches Versagen bezahlt

Das COVID-19 Virus stellt eine erhebliche Infektionsgefahr dar, ist aber nicht zwingend tödlich. COVID-19 ist potentiell tödlich. Dies ist für die Einschränkung von Grundrechten zentral. Es gibt nach der Dogmatik des Grundgesetzes keine »Supergrundrechte«, so dass dem Recht auf körperliche Unversehrtheit zum Beispiel kein Absolutheitsrang zusteht, dem alles andere nachgeordnet wird. Gleiches gilt für die Gewährleistung einer ausreichenden medizinischen Versorgung. Allein die Würde des Menschen ist nach Artikel 1 des Grundgesetzes (GG) unantastbar. In das Recht auf körperliche Unversehrtheit kann nach Artikel 2 Abs. 2 Satz 3 Grundgesetz auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden. Bei politischen Entscheidungen muss also geschaut werden, wie gefährlich für die Aufrechterhaltung der medizinischen Betreuung das Virus ist. Auch der Frage der Infektionswege kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Denn Maßnahmen zur Einschränkung von Freiheitsrechten, um die körperliche Unversehrtheit zu schützen, müssen geeignet, erforderlich und angemessen sein. Es muss immer die Frage gestellt werden, ob es nicht ein milderes Mittel gibt, welches gleich erfolgversprechend ist und unbeabsichtigte negative Folgen (zum Beispiel im Hinblick auf die psychisch-seelische Gesundheit und häusliche Gewalt) minimiert. Das alles verlangt eine Analyse des konkreten Gefährdungspotentials für das zu schützende Grundrecht.

## Eine Frage der Verhältnismäßigkeit

Freiheitsrechte sind ein Wert an sich. Linke Politik, die aus der Geschichte gelernt hat, darf Freiheitsrechte nicht gering schätzen. Freiheitsrechte zu verteidigen, gehört zur DNA linker, emanzipatorischer Politik – weil sie Grundlage für eine Gesellschaft sind, in der die freie Entwicklung des Einzelnen Bedingung für die freie Entwicklung Aller ist. Ohne Freiheitsrechte lässt sich gesellschaftlicher Fortschritt nicht erstreiten und auch keine soziale Gerechtigkeit. Die Würde des Einzelnen, die nach dem Grundgesetz unantastbar ist, beinhaltet, dass der Mensch nicht zum reinen Objekt staatlichen Handelns gemacht werden darf. Das bedeutet aber notwendigerweise die Inanspruchnahme von Freiheitsrechten. Ein Entzug der Freiheitsrechte zur Abwehr einer Gefahr macht den Menschen spätestens dann zum Objekt staatlichen Handelns, wenn dieser Entzug der Freiheitsrechte un-



Gläserne Verfassung am Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages.

verhältnismäßig ist. Es ist deshalb nicht nur legitim, sondern geboten, die Maßnahmen zu hinterfragen und gegen gesellschaftliche und persönlich Kollateralschäden abzuwägen.

## Gutes Krisenmanagement beginnt in den Jahren vor der Krise

Die Kritik an der Einschränkung der Freiheitsrechte ist schon wegen der Freiheitsrechte an sich nötig, macht aber auch auf die grundlegende Logik hinter dem staatlichen Handeln zur Bekämpfung des Virus aufmerksam. Es wird überall zu Recht beklagt, dass auch das Gesundheitswesen einer Verwertungslogik unterworfen wurde. Diesen Fehler sollen nun die Einwohner\*innen mit dem Verzicht auf Freiheitsrechte bezahlen. Diese Logik ist gefährlich. Die Logik, weil der Staat seiner Verpflichtung zur Sicherung von Leistungen der Daseinsvorsorge (hier ausreichende Anzahl an Intensivbetten, Beatmungsgeräten und Schutzkleidung) nicht nachgekommen ist, müssen die Einwoh-

ner\*innen mit Einschränkungen ihrer Freiheit »bezahlen«, könnte auch auf Nach-Corona-Zeiten angewendet werden. Um nicht falsch verstanden zu werden, auch das beste Gesundheitssystem kann nicht für alle Einwohner\*innen Intensivbetten, Beatmungsgeräte und Schutzkleidung vorrätig haben. Aber der Staat steht in der Verantwortung, um die Freiheitsrechte der Einwohner\*innen zu schützen, sich zu kümmern.

*Halina Wawzyniak*

### Zur Person

Halina Wawzyniak (46) ist Juristin und war von 2009 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2018 ist sie Fraktionsgeschäftsführerin der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus



Aufnahme vom Bundesparteitag 2017 in Hannover.

## BUNDESPARTEITAG

### Verschiebung in den Oktober beschlossen

Am 14.4.2020 hat der Vorstand der Partei DIE LINKE den Beschluss gefasst, den für Juni angesetzten Bundesparteitag zu verschieben. Schließlich ist unter den gegenwärtigen Bedingungen weder eine vernünftige Vorbereitung des Parteitags möglich, noch kann die Sicherheit der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Am 25.4. beschloss der Parteivorstand, dass der Parteitag und die damit einhergehende Wahl des Parteivorstandes vom 30.10. bis 1.11.2020 in der Erfurter Messe stattfinden soll. Der Antragsschluss ist der 17. 9. (für Änderungsanträge der 13. 10.). *Die Redaktion*

# Lernen lernen. Zu Hause.

## AG Bildung zum Unterrichtsausfall während der Corona-Pandemie

Schon oft waren die Bedingungen für das Lernen Thema in unserer Arbeitsgemeinschaft: Der Zustand der Schulen, die Angebote an Lernmaterialien einschließlich PC-Ausstattung und ob allen Kindern das Notwendige zum Lernen auch wirklich zur Verfügung steht. In den letzten Wochen wirkten die geschlossenen Schulen direkt auf die Fragen des Lernens in den Familien mit Schulkindern zurück. Nur wenige Kinder erhielten im Notbetreuungsmodus von ausgebildeten Pädagogen Hilfe. Die Mehrzahl musste isoliert zu Hause lernen. Die Eltern fungierten dabei als mitlernende Hilfslehrer, so sie denn dazu in der Lage waren. Lesen, Schreiben,

Rechnen üben und eine tägliche Routine des Lernens musste aufrecht erhalten werden.

Von größeren Schüler\*innen wurde mehr erwartet. Sie sollten sich in bereits vermittelte Lerninhalte mit Hilfe von Aufgabstellungen weiter vertiefen. Das erforderte von ihnen in hohem Maße selbständiges Arbeiten. Die Zeit ohne Schulunterricht wird Spuren an den Kindern hinterlassen. Ob diese Spuren tiefe Furchen oder gar Löcher aufreißen und ob es eine ausreichende Anzahl von Pädagogen an den Schulen geben wird, um versäumten Lernstoff nachzuholen und individuelles Lernen zu ermöglichen, diese Frage ist nicht nur er-



Hausunterricht - klassische Mischung aus Unter- und Überforderung

laubt, sondern wird unser intensives Nachfragen bei der oder dem zukünftigen Bildungsbürgermeister\*in herausfordern. Wir fordern, die Prüfungen

unter den gegenwärtigen Bedingungen ausfallen zu lassen und nicht fahrlässig die Kinder zu zeitig schon wieder in die Schule zu lassen. *Ingrid Körner*

# Hoffen auf die Sommerferien

Erholungsmaßnahmen für Kinder sind in diesem Jahr besonders wichtig

Ferien sind toll - alle freuen sich darauf! Und wenn man ehrlich ist: auch die sogenannten »Corona-Ferien« haben positive Seiten. So manche\*r hat die Zeit genutzt zum Entrümpeln, zudem hat die Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen wieder an Fahrt aufgenommen, die Akzeptanz von Homeoffice hat zugenommen und die Verfechter\*innen von Homeschooling können es nun tatsächlich und legal einmal ausprobieren. Zugegeben, das alles kam sehr plötzlich - es gab kaum Zeit, sich auf die Ausnahmsbedingungen vorzubereiten.

Unvorbereitet traf es auch diejenigen, die nun mit dem Verlust der Arbeitsstelle oder mit Kurzarbeit umgehen müssen - hier sind Angestellte wie auch kleine Betriebe vieler Branchen gleichermaßen betroffen. So sind die Pflege- und Gesundheitskräfte unter gewohnt prekären Arbeitsbedingungen im Moment besonders gefordert und zusätzlich besonders gefährdet. Selbständige aus dem Einzelhandel, den Veranstaltungs- und Tourismusbranchen sowie Gastronomen müssen Umsatzausfälle stemmen, die existenzbedrohend sind. Schnelle Kredite und Corona-Hilfen helfen hier nur ungenügend: viele können die daran geknüpften Vertragsbedingungen mit den Banken nicht erfüllen, etliche nehmen daher von vornherein die Unterstützungszahlungen nicht an.

Es ist ein verrückter Zustand: die absolute Entschleunigung der Gesellschaft fördert alles zutage, was schon längst nicht mehr tragbar war und nun unter dem real eingetroffenen Krisenszenario in die Brüche geht. Das ist gut für die Forderungen der LINKEN und hoffentlich bewirkt es ein Umdenken in naher Zukunft.

Werden stets willkommen geheißen – neue Betreuer\*innen für die Ferienlager.

Aber zuerst einmal bedeutet es Stress für alle Beteiligten. Darunter leidet nicht zuletzt auch das Familienleben.

## Planung für Ferienlager geht weiter

Der Frühling bringt Vorfreude auf die Draußen-Saison und während der bevorstehende große Schul- und Arbeitszyklus gestemmt wird, beginnen die Vorbereitungen für den Sommerurlaub. Die Reiseveranstalter verzeichnen die meisten Buchungen im Jahr, auch für die Ferienlager-Planungen des Roten Baum ist jetzt die Hauptsaison. Doch unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Unsicherheit sehr groß, ob Ausgangs- und Herbergssperren in diesem Jahr überhaupt rechtzeitig gelockert werden. Zweifelsfrei wird es einen Moment geben, zu dem eine Erholung vom Erlebten notwendig sein wird. Spätestens wenn die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus vollständig zurückgefahren werden, wird klar sein: Es braucht ein Innehalten - sowohl gesellschaftlich als auch ganz persönlich. Wann dieser Moment eintritt, dass kann derzeit niemand so genau sagen.

Trotz der Unsicherheiten plant der Rote Baum für den bevorstehenden Sommer Ferienfahrten wie gewohnt. Schon allein, weil abzusehen ist, dass für alle die Erholung nötig sein wird nach der Zeit der Krise.

Wer überlegt, seine Kinder ins Ferienlager zu entsenden, sollte lieber früher als später buchen. Falls Fahrten nicht umgesetzt werden können, werden vertretbare Alternativen vorgeschlagen. Im Ernstfall werden die gezahlten Teilnahmebeiträge natürlich zurückerstattet. *Jacqueline Muth*

# Erfolgreiche Spendenaktion

## 1400 Euro für Bedürftige – ein Interview mit Christopher Colditz

In der Coronakrise trifft es Menschen, die es so schon schwer genug haben, besonders hart. Menschen, die tagtäglich auf das Sammeln von Flaschen und das Betteln um Geld angewiesen sind oder kein Dach überm Kopf haben, sehen schwarz. Wo Pfandflaschen sammeln, wenn niemand feiert und draußen trinkt? Wie Geld erbetteln, wenn jeder den Kontakt mit den gesellschaftlich abgewerteten Personen meidet, weil Obdachlose sowieso als »dreckig« und »krank« gelten? Unser Stadtrat Christopher Colditz hat Initiative ergriffen und im Netz Spenden für Bedürftige organisiert.

### Chris, erzähl mal, wie kam es zur Spendenaktion?

Hi Nicol, gerne! Anlass war die Verteilaktion von Oberbürgermeister Hilbert, auf dem Lingnermarkt, als die Wochenmärkte wiedereröffnet wurden. Er verteilte dort Gratismasken an alle, die dort einkaufen wollen.

### Und das war schlimm?

Nee, gar nicht. Es ist gut, wenn Menschen sich gegenseitig zu schützen. Das Problem ist, dass es etliche sozial schwächere Menschen gibt, die sich überhaupt keine Masken leisten können und auch kein Zugang dazu haben. Auch Sozialarbeiter\*innen haben Probleme sich Masken zu organisieren, um ihre Klienten zu schützen. Zu dem Zeitpunkt hat Hilbert gar nicht dran gedacht, diese mit Masken zu versorgen.

### Das klingt eher nach einer Presseaktion.

Ja, so habe ich das auch empfunden, für mich wirkt das wie das Einläuten des Vorwahlkampfes und Obdachlose gehören jetzt nicht gerade zu seiner Wähler\*innengruppe.

### Wie ging es dann weiter?

Ich habe mich erkundigt, wie ich an Masken komme und bin dabei auf den Musiker und YouTuber Fynn Kliemann gestoßen, der mit der Firma, die seine Fanartikel herstellen, die Produktion auf Masken (auf FFP1-Niveau) umgestellt hat. Bei ihm habe ich 450 Masken in Auftrag gegeben.

### Das hat doch vermutlich gekostet?

Deshalb habe ich mich nach einer Möglichkeit zum Spenden sammeln umgeschaut. Da bin ich auf die Spendenplattform Betterplace gestoßen, dort kann man kostenlos eine Spendenseite einrichten. Also habe ich eine Seite erstellt, ein kurzes Erklärvideo gedreht, warum ich das Ganze mache und es über die sozialen Netzwerke gestreut.

### Ich hab auf Facebook gesehen, dass nach schon zwei Stunden die Masken refinanziert waren, hättest du damit gerechnet?

Um ehrlich zu sein, nein. Ich war total positiv überrascht, dass das Geld für die Masken so schnell refinanziert war. Viele Genoss\*innen haben gespendet, von der linksjugend gab's auch 100 Euro aber auch Stadträte von Grünen und sogar ein Stadtbezirksbeirat der CDU gaben Geld dazu. Ich hab schon vorher angekündigt, dass jeder gespendete Euro der mehr reinkommt, in Absprache mit der Heilsarmee verwendet wird, die gerade die Obdachlosen auf der Straße betreuen. Die Abstimmung dazu läuft gerade.

### Danke für deine Zeit und die tolle Aktion!

Die Fragen stellte Nicol Kuntz.



Stadtrat Christopher Colditz

# Moria ist kein Lager mehr, es ist die Hölle!

## Über die täglichen Sondersendungen zur Corona-Pandemie ist das Elend auf Lesbos weitgehend in Vergessenheit geraten

Wir erlebten durch die ersten Lockerungen der Ausgangsbeschränkungen Ende April wieder ein wenig Normalität in diesen Zeiten. Jedoch kann von Normalität jenseits der Stadt- und Landesgrenze, nämlich an der Ostägäis, keine Rede sein. Die Situation in den Geflüchtetenlagern auf den griechischen Inseln, wird wegen der Berichterstattung rund um das Virus in Deutschland einfach vergessen oder schlimmstenfalls ignoriert. Allein im Lager in Moria, dass für maximal 3.000 Personen ausgelegt ist, befinden sich 24.000 Menschen auf engstem Raum zusammen! Wie soll da überhaupt eine Chance bestehen einen Mindestabstand einzuhalten? Die hygienischen Zustände sind katastrophal. Zum Händewaschen steht nicht ausreichend Wasser zur Verfügung. Mehr als 500 Bewohner\*innen müssen sich eine Dusche und 160 Menschen eine Toilette teilen. Die Geflüchteten befürchten, dass das Coronavirus in den Lagern ausbricht. Das Virus im Lager sei wie ein Todesurteil für Alte, Kranke und andere schutzbedürftige Personen. Diese

Menschen sind weiteren Gefahren, wie Raub und sexuellen Übergriffe ausgesetzt. Zahlreiche Angriffe rechtsradikaler Gruppen auf die Aufnahmezentren der Geflüchteten haben dazu geführt, dass sich die Helfer\*innen zurückziehen mussten.

### Solidarität muss praktisch werden!

Zuletzt hat Deutschland 47 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aufgenommen. Angesichts der Zahlen aus den Lagern, kann das nur der Anfang einer großen Rettungsaktion sein. Um auf die Lage der Menschen in Moria in der Stadt aufmerksam zu machen, haben wir als linksjugend Dresden hunderte Papierboote gefaltet, beschriftet und verteilt. Wir sind der Meinung, dass sich Dresden sofort bereit erklären muss weitere Menschen aufzunehmen. Rettet Menschenleben, holt sie aus der Hölle!

#leavonoonebehind  
Lukas Ziller



Kleine Schiffe für ein Großes Anliegen.

# Das Europäische Parlament in Corona-Zeiten

Die Corona-Pandemie zeigt die Schwächen der Europäischen Union in erschreckender Deutlichkeit

Zeiten wie diese sind ein Lackmuse, der deutlich macht, wie wir als EU funktionieren - oder auch nicht. Abstand halten - das ist symbolisch wie praktisch allgegenwärtig. Die Grenzen sind nun dicht, auch innerhalb der EU. Dass es außerordentliche Maßnahmen in einer Pandemie geben kann und muss, ist ohne Zweifel. Problematisch ist es aber, wenn die Maßnahmen nicht unter den Mitgliedsstaaten abgestimmt sind. Die einen verkünden, ein halbes Jahr die Grenzen zu schließen, die nächsten verbieten Pendlern die Einreise, relativieren dies aber für »systemrelevante Berufsgruppen«. Wieder andere entmachten das Parlament und ermächtigen sich, per Dekret regieren zu können (Orban).

Doch die Beschneidung von Grund- und Freiheitsrechten, die zweifellos in Notsituationen zeitweilig möglich ist (etwa mit Kontaktverboten), darf nicht in die Zeit nach der Krise verlängert werden. Dennoch wurde der Datenschutz in einigen Mitgliedsstaaten ausgehebelt,

wurden jedwede Asylverfahren durch Griechenland suspendiert. Hier wird der gravierende Mangel an Solidarität deutlich: wenn Italiens Hilferufe erst dann ein etwas Gehör finden, wenn Russland, China und Kuba in der Lombardei Hilfe gewähren, wenn medizinische

## Nationalistisches Taumeln führt die EU in die Krise!

Hilfsgüter für Krisengebiete gestohlen werden, wenn Deutschland und die Niederlande sich hartnäckig weigern, Corona-Bonds zu unterstützen, während die italienische Regierung förmlich um diese wirksame Form der gegenseitigen Unterstützung »bettelt«. Der nationalistische Taumel, das »Zuerst wir bei uns zuhause«, führt die EU in eine Krise und verschärft bestehende Probleme.

## Aushöhlung des Asylrechts ist Tatsache

Kaum zu überbieten ist die Ignoranz gegenüber der Not von Menschen an den EU-Außengrenzen und in den grauenvollen Hot Spots wie in Griechenland. Fakt ist, dass das individuelle Recht auf Asyl solange unkündbar ist, solange die Genfer Flüchtlingskonvention und internationale Schutzkonventionen, auf denen das EU-Asylrecht basiert, gelten. Es gibt keine rechtliche Basis, keine gesundheitliche Rechtfertigung oder irgendeinen Nutzen für bzw. durch die Aussetzung dieser Verfahren. Wenn die Kommission dieses »böse Spiel« mit der Begründung, »das Asylrecht müsse flexibel sein«, toleriert, hilft sie weder der Corona-Virus-Bekämpfung noch den Griechen selbst. Eine richtige Antwort, um gesundheitlichen Gefahren entgegenzuwirken, wäre die schrittweise, aber schnelle Auflösung dieser Lager und die Evakuierung der dort lebenden Menschen.

*Dr. Cornelia Ernst*



Ein europäisches Miteinander gibt es momentan nur an den Fahnenmasten.

**MITTENDRIN**  
Sozialistische Schrift für Dresden

**Impressum**

**Herausgeber**

DIE LINKE, Dresden  
Großenhainer Straße 93  
01127 Dresden

**V.i.S.d.P.**

Uwe Schaarschmidt

**Kontakt**

Telefon: 0351/8583801  
kontakt@dielinke-dresden.de  
www.dielinke-dresden.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

**Autor\*innen dieser Ausgabe:**

Jens Matthis, Katja Kipping, Anne Holowenko, Uwe Schaarschmidt, Jan Maihorn, Halina Wawzyniak, Jörg Schindler, Andreas Grünzig, Lukas Ziller, Nicol Kuntz, Christopher Colditz, Jaqueline Muth, Ingrid Körner, Kristin Hofmann, Dr. Cornelia Ernst

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

**Bildnachweise (Seite)**

alexander-hauk.de\_pixelio.de (1); Berthold Bronisz\_pixelio.de (2); Henning Hraban Ramm\_pixelio.de (2); Sarah Buddeberg (3); 1971markus/wikimedia commons (4); m.gade\_pixelio.de (4); Michael Rose\_wikimedia commons (5); anonymous by wikimedia commons (6); Florian Berndt (7); Cathsign by wikimedia commons (7); Tim Reckmann\_pixelio.de (8)

**Gestaltung und Satz**

Norbert Engemaier

**Druck**

LR Medienverlag  
und Druckerei GmbH

**Auflage**

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 2500 Exemplaren gedruckt. Digital lesbar ist die Ausgabe unter [www.dielinke-dresden.de](http://www.dielinke-dresden.de)

**Redaktionsschluss**

16.4.2020

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 18.6.2020

**Unterstützung**

Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. **Spendenkonto:**

DIE LINKE, Dresden  
IBAN: DE94 8505 0300 3120  
1714 16

Ostsächsische Sparkasse  
Dresden

**DIE LINKE.**  
Stadtverband Dresden

**IM GESPRÄCH MIT  
Tilo Kiebling**

**Was sind Deine inhaltlichen Schwerpunkte innerhalb der Fraktion? Was ist dein persönlicher Zugang zu diesen Themen?**

Meine inhaltlichen Schwerpunkte leiten sich aus meiner Ausschussbesetzung her. Es sind Jugendhilfe und Bildung, Sport, Finanzen.

Mein persönlicher Zugang wird geprägt von unserem Wahlprogramm.

**Was hat Dich vor mehr als zehn Jahren dazu motiviert, für den Stadtrat zu kandidieren, und was bewegt Dich dazu, dieses Ehrenamt auch weiterhin fortzuführen?**

Damals wie heute fühle ich mich meiner Stadt Dresden verbunden und will sie im Interesse unserer Wählerinnen und Wähler mitgestalten.

**Was hat sich in den letzten Jahren im Stadtrat geändert?**

In der Stadtratsarbeit hat sich meiner Meinung nach nicht viel geändert. Der Prozess der Selbstermächtigung der Verwaltung gegenüber den politischen Kontrollgremien schreitet stetig voran. Die Debatte um die Abschaffung der Umzugsbeihilfe für Studentinnen und Studenten ist hierfür nur ein Beispiel.

**Wofür setzt Du dich als Stadtrat im besonderen Maße ein?**

Für die Umsetzung unseres Wahlprogrammes in den Bereichen, für die ich zuständig bin. Ein erster Erfolg war dabei schon die Geschwisterermäßigung bei Ferienlagern. Dies gilt ab diesem Jahr.



Tilo Kiebling ist Mitglied im Fraktionsvorstand und in den Ausschüssen für Finanzen, Bildung, Jugendhilfe und Sport.

**Wie sähe für Dich eine gut funktionierende Ratsarbeit sowie Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Verwaltung aus?**

Eine gut funktionierende Ratsarbeit braucht in der Fraktion gegenseitiges Vertrauen und Verlässlichkeit. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Rat und Oberbürgermeister braucht die Wertschätzung des jeweils anderen. Daran herrscht meiner Auffassung nach gegenwärtig Mangel.

*Das Interview führte Jana Neveling*

# StVO-Novelle zügig umsetzen

Die Frühjahrskollektion der neuen Verkehrsschilder ist da! - Schnell bestellen!



Stadtrat Tilo Wirtz präsentiert seinen Antrag an der Einmündung zur Alaunstraße mit dem neuen Verkehrsschild.

Geben wir es zu: Selten sind die regelmäßigen Änderungen der Straßenverkehrsordnung spektakulär gewesen. Der Verfasser nimmt seit 1974 als Radfahrer am Straßenverkehr teil, verfügt seit 1991 über einen Führerschein und fährt seit 1995 öfter Auto. Über die Zeit gesehen sind seltene Marksteine die Einführung des grünen Pfeils, die Senkung der Promillegrenze und die Tempo-30-Zone gewesen, von den wiederkehrenden Erhöhungen der Bußgelder einmal abgesehen. Mitte Februar hat der Bundesrat allerdings einmal Butter bei die Fische getan und ein paar Neuerungen eingeführt, die insbesondere den Radverkehr erleichtern. Interessant ist dabei die Einführung einer Radfahrzone, die zwar optional mit Zusatzschild für Autos befahren werden kann, allerdings unter Beachtung des Vorranges des Radverkehrs. Dann ein Überholverbot von Zweiradfahrzeugen, welches gefährliche Überholmanöver unterbinden soll. Die häufigen Abbiegeunfälle an Kreuzungen mit Radwegen, bei denen rechtsabbiegende Kraftfahrzeuge den geradeaus fahrenden Radverkehr schneiden, sollen durch eine Vergrößerung der parkfreien Kreuzungsbereiche von fünf auf acht Meter entschärft werden, damit sich Rad- und Autoverkehr eher und besser gegenseitig sehen können. Ergänzt werden die genannten Neuerungen beispielsweise durch ausgeschilderte Stellflächen für Carsharing.

## Schnelle Umsetzung beantragt

Der Beschluss der StVO-Novelle im Bundesrat war für die Fraktion DIE LINKE Anlass, einen Antrag zur schnellen Umsetzung der dem Schutz und der Förderung des Radverkehrs dienenden Änderungen zu schreiben. Als erste Radfahrzone bietet sich da-

bei die Antonstadt an. Schon lange besteht hier der Wunsch, zur Verbesserung des Wohnumfeldes einen autofreien Stadtteil zu gestalten. Gescheitert ist dies bisher, weil die Ortsansässigen auch über Autos verfügen und Handel und Gewerbe auf Zufahrt zu ihren Geschäften angewiesen sind. Kompromiss auf niedrigem Niveau war die Einführung der Tempo-30-Zone mit Tempo 20 auf der Alaunstraße und die Tendenz, im Verkehrsentwicklungsplan flächendeckend eine Tempo-20-Zone einzuführen. Die nun denkbare Fahrradzone mit zugelassenem motorisierten Verkehr ist ein weitergehender Schritt, da die unbedingte notwendige Zufahrt gewährleistet wird und der Radverkehr aber Vorrang genießt. Darüber hinaus sollen weitere geeignete Stadtteile auf Eignung als Radfahrzone untersucht werden.

## Sicherheit für Radverkehr erhöhen

Als dringend notwendige Überholverbotsstrecke von Zweirädern bekannt ist die Fahrspur auf der Loschwitzer Brücke in Richtung Loschwitz. Auf der einen Fahrspur wird der Radverkehr regelmäßig nicht nur mangels Platz mit viel zu wenig Abstand überholt, sondern teils regelrecht genötigt, da die Fahrzeugführer\*innen der falschen Ansicht sind, der Radverkehr gehöre auf den Fußweg. Ein Überholverbot für Zweiräder würde an dieser Stelle noch den Nebeneffekt haben, dass klargemacht wird, dass grundsätzlich mit Radverkehr gerechnet werden muss.

Fakt ist: Die genannten Veränderungen haben Potential zu positiven Entwicklungen zu umweltschonender und stadtfreundlicher Mobilität, wenn sie denn schnell von der Verwaltung umgesetzt werden.

*Tilo Wirtz*

## CORONA

## Mehr Wachsamkeit und Solidarität

In Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie werden soziale Ungerechtigkeiten und gesellschaftliche Hierarchien besonders sichtbar. Während besser Gestellte bereits zu Krisenbeginn allerhand Lebensmittel hamstern konnten, wurde die tägliche Versorgung für Menschen mit kleinem Geldbeutel deutlich schwieriger. Viele Tafeln mussten aufgrund der verschärften Maßnahmen schließen, Hamsterkäufe ließen oft nur teure Lebensmittel und Produkte in den Regalen übrig.

Während sich Menschen mit größerem Wohnraum und verhältnismäßig kleinen Haushalten trotz einer Ausgangssperre räumlich aus dem Weg gehen können, haben größere Familien oder Menschen mit kleinerem Wohnraum kaum Möglichkeiten auszuweichen. Innere Unruhe, Unzufriedenheit und Angst vor der Zukunft machen sich breit, das Gewaltpotential steigt in allen sozialen Schichten. Fälle häuslicher Gewalt – vor allem gegen Frauen – können in dieser Zeit deutlich zunehmen.



Zwar sind die Kapazitäten der Frauenschutzhäuser in Dresden noch nicht ausgeschöpft, dennoch ist von einer höheren Dunkelziffer auszugehen. In der Stadt werden mittlerweile an gut sichtbaren Standorten Aufkleber verteilt, die zu einer verstärkten Wachsamkeit in der Bevölkerung aufrufen. Auch Stadträtin Pia Barkow legt ans Herz: »Für Betroffene ist die Möglichkeit, sich Hilfe zu suchen, durch die Ausgangsbeschränkung gegenwärtig deutlich eingeschränkt. Umso wichtiger ist es, wachsam zu sein, auf seine Mitmenschen noch mehr zu achten und im Notfall, Betroffenen Hilfe anzubieten.«

Die Redaktion

## ANTRÄGE

## Endlich Flagge zeigen!

Das Hissen der Regenbogenflagge am Rathaus zum Christopher Street Day gehört in anderen sächsischen Städten schon längst zur Tradition. In Dresden weigert sich Oberbürgermeister Hilbert seit Jahren, dieses Zeichen der Akzeptanz, Wertschätzung und Solidarität auch in diese Stadt zu holen.

Damit sich das endlich ändert, haben wir als Fraktion einen Antrag gestellt, in dem OB Hilbert dazu aufgefordert wird, die Beflaggung bei der zuständigen Landesdirektion zu beantragen und sowohl zum Internationalen Tag gegen Homo-, Inter- und Transphobie als auch in der Woche des CSD an den Dresdner Rathäusern die Regenbogenflagge zu hissen. *Caroline Lentz*

## Kultur und Wirtschaft retten

Auch die diesjährige Bunte Republik Neustadt wurde wegen Corona abgesagt. Trotzdem wird die Pandemie irgendwann vorbei sein und wir werden hoffentlich glimpflich davonkommen.



Bild der BRN von 2018. So wird es 2020 leider nicht aussehen.

Ob es alle Festivals, Kneipen, Veranstalter und vor allem Künstlerinnen und Künstler durch die Krise schaffen? Ich fürchte nein. Alle, die mit Veranstaltungen zu tun haben, waren die Ersten, die nicht mehr arbeiten und damit auch kein Geld mehr verdienen konnten. Und sie werden die Letzten sein, bei denen das normale Geschäft wieder möglich sein wird. Und leider sind in der freien Kultur und der Kreativwirtschaft wenig Rücklagen möglich gewesen. So kommen diese Branchen jetzt an ihre existenziellen Grenzen. Und mit ihnen vieles andere. Ob es die Musikneipe an der Ecke ist oder das kleine Theater, die Galerie, die Tontechnikerin, der Musikalienhandel: Sie sind stark gefährdet. Und nicht zuletzt ge-

hören auch die Gastronomie-Branche und der Tourismus dazu.

Trotz verschiedener Hilfen wird es am Ende knapp werden. Die Kulturwelt wird nach der überstandenen Pandemie ausgedünnt sein. Für die Stadt ist es wichtig, die großen Stätten der Kunst und Kultur zu erhalten: Philharmonie, Theater, Bibliotheken und Museen müssen uns bald wieder Hoffnung, Zuversicht und den nötigen ästhetischen Stimulus geben, um die gesellschaftliche Corona-Quarantäne zu verarbeiten. Das wird gelingen. Schwieriger ist die Lage bei den freien Kulturanbietern. Wenn die Grundsicherung der beteiligten Personen gesichert ist, geht es um die Institutionen. Dort müssen wir versuchen zu retten, was zu retten ist. Die

Personalkosten werden zum Großteil durch das Kurzarbeitergeld abgefangen. Es bleiben Raumkosten übrig, denen keine Einnahmen gegenüberstehen. Insofern ist der Ansatz richtig, dass die Stadt als Vermieterin ihren Mietern entgegenkommt und für Andere Mietzahlungen übernimmt. Wir brauchen einen Mietenfond für die freie Szene, denn wir müssen die Orte erhalten, damit es nach der Krise überhaupt wieder losgehen kann.

Und warum? Es geht beim Begriff der Systemrelevanz nicht nur ums nackte Überleben, um Essen, Gesundheit und Bildung. Kultur und Kunst und die damit verbundenen Branchen bringen dem Dasein Sinn und stiften Identität. Die Kulturstadt Dresden lebt davon. *Magnus Hecht*



Gemeinsam für die Rechte aller Menschen – der Christopher Street Day.

**EIN APPELL**

**Quarantäne-Unterricht gerecht gestalten!**

**D**ie gegenwärtige Situation ist auch und gerade für Familien mit schulpflichtigen Kindern eine Herausforderung. Viele Eltern arbeiten im Homeoffice und fühlen sich durch den Heimunterricht zusätzlich belastet. In den Familien herrschen zum Teil sehr unterschiedliche Voraussetzungen für den Quarantäne-Unterricht. Nicht alle Kinder haben einen eige-

nen PC mit Webcam und Drucker, anderen steht wiederum keine Ansprechperson zur Verfügung, die Hilfestellung leisten kann. Ich appelliere an Pädagog\*innen, die Aufgaben so zu stellen, dass sie von den Kindern selbstständig gelöst werden können. Die Aufgaben sollten ein Angebot zur Strukturierung des ungewohnten Alltags sein und helfen, bereits erworbenen Schulstoff nicht zu vergessen.

*Anne Holowenko*



**DRESDEN GORBITZ**

**Pilotprojekt zur Kriminalprävention?**

**A**m Ende der letzten Wahlperiode kam es zum Beschluss der Alkoholverbotszone am Amalie-Dietrich-Platz. Dem voraus gingen kontroverse Debatten über das Für und Wider einer solchen Maßnahme – sowohl im Stadtrat als auch im Stadtbezirksbeirat. Im Oktober 2019 folgte darauf aufbauend die Vorlage für Gorbitz als »Pilotprojekt für Kriminalprävention in der Landeshauptstadt Dresden«. Je mehr man sich mit der Vorlage beschäftigte, desto mehr zeichnete sich ab, dass keinerlei Inhalte hinterlegt waren und selbst nach 1,5 Jahren Laufzeit des Projekts SiQua (Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel) keine konkreten Ergebnisse vorlagen. Nur eine wichtige Information kam heraus: Die Alkoholverbotszone führte zu einer Verlagerung an den Merianplatz.

Wer wie ich im Plattenbaugebiet groß wurde, kennt die Vorurteile, mit denen man kämpfen muss. Man sei »ein schlechter Umgang« und es »werde sowieso nichts aus einem«. Daher war das Plädoyer unserer Fraktion eine kulturelle und soziale Aufwertung von Plattenbaugebieten und die Förderung von Kultur-, Sport und

**Schulnetzplan, wie weiter?**

Neues vom Schulnetzplan. Wie vielen Schulbauvorhaben der freien Trägern fast das Aus drohte und es dann gelang die Finanzierung ohne Abstriche für die Schulbauvorhaben der Stadt zu sichern.



**Endlich kann der Eingang der Freien Alternativen Schule (FAS) für 200 Schülerinnen und Schüler ausgebaut werden.**

Der Schulnetzplan wurde 2018 mit umfangreichen Veränderungen gegenüber der Vorlage der Verwaltung verabschiedet. Unser Ziel war es, nicht nur jedem Kind einen Schulplatz zur Verfügung zu stellen, sondern auch politische Schwerpunkte zu setzen, z.B. die Wiedereinrichtung eines Gym-

nasiums in Gorbitz, ein neues Gebäude für das Berufsschulzentrum »Gehe« in Prohlis sowie für dieses eine Erweiterung mit einem Berufsgymnasium.

Bei dem damaligen Abstimmungsergebnis (37:27:1) war es absehbar, dass die Umsetzung der ambitionierten Vorhaben nicht leicht werden würde.

Das zeigt sich nun im politischen Alltag. Vor ein paar Wochen wollte die Schulverwaltung das seit einem Jahr eingerichtete Gymnasium Gorbitz abschaffen, was dank breiter Proteste verhindert wurde. Eine weitere Herausforderung war die Einigung über die Verteilung von Fördergeldern.

**Mehr Eigenmittel statt Schulbau-Stopp**

Der Freistaat hat dem Schulbau in Dresden Zuschüsse von 106 Mio. Euro bereit gestellt. Es gab kontroverse Diskussionen, wie dieses Geld verteilt wird. Es muss jedoch bis Dezember 2023 verbaut sein, das heißt, die Planungen müssen jetzt schon weit fortgeschritten sein. Das Land sah 94 Mio. Euro für die Schulen in kommunaler Trägerschaft und 5 Mio. Euro für Schulen in freier Trägerschaft vor. Den allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft müssten aber entsprechend ihrer Schüler\*innenanzahl (16%) deutlich mehr Zuwendungen für Investitionen zustehen, nämlich 15,871 Mio. Euro. Nach langer Diskussion haben wir uns entschlossen, allen freien Trägern, die einen Antrag auf Förderung ihrer Investitionsvorhaben gestellt haben, die beantragte Summe zu bestätigen. Damit gehen wir mit genehmigten 19,85 Mio. Euro sogar über die anteilige Summe hinaus. Das heißt aber auch, es bleiben weniger Mittel für kommunale Einrichtungen übrig. Trotzdem werden durch die Erhöhung der Mittel für die freien Träger keine Maßnahmen des kommunalen Trägers zurückgestellt. Wir ersetzen diese Mittel durch Eigenmittel. Wir sind froh, dass die Schulen in freier Trägerschaft mit dem Beschluss in der letzten Stadtratsitzung nun Sicherheit bekommen und ihre Planungen fortsetzen können.

*Anja Apel*



**DIE LINKE fordert ein Aufwerten von Plattenbaugebieten**

Bildungsangeboten – und eben auch ein Gymnasium für Gorbitz. Was die Bürgerinnen und Bürger in Gorbitz dagegen nicht brauchen, ist ein weiteres Stigmatisieren, Schlechtreden und Kriminalisieren eines ganzen Stadtteils. Mit dem Beschluss werden nun weiter Vorurteile befeuert, die Alkoholverbotszone verstetigt und die Menschen als Versuchskaninchen für ein Pilotprojekt benutzt. Dies lehnen wir als Fraktion entschieden ab!

*Katharina Hanser*

**GANZ HINTEN LINKS****Beim Geld hört der Verstand auf.**

**M**it Trara wurde sie vor Jahren eingeführt, die »Schuldenbremse« in der Landesverfassung, sowie das »Schuldenverbot« in der Dresdner Hauptsatzung. Letzteres als ideologische Rechtfertigung des WOBA-Verkaufs. Fortan galt die Logik der schwäbischen Hausfrau, natürlich ohne den Bausparvertrag des schwäbischen Häuslebauers. Eine



Virenpanemie und ein »Lockdown« von Handel, Dienstleistungssektor, Kultur und Sozialem waren ebenfalls nicht vorgesehen. Der Landtag konnte sich zwar nicht durchringen, die »Schuldenbremse« zu beerdigen, fand aber wenigstens einen Dreh, sie außer Kraft zu setzen. Der Vorschlag, in Dresden genauso zu verfahren, stößt auf den Widerstand all derer, die das »Schuldenverbot« einst verzapft haben. Am besten wäre es natürlich, allein der Freistaat würde die Kredite aufnehmen und die Kommunen entlasten.

**Wir sollten das Schuldenverbot beerdigen.**

Da das wohl ein Wunsch bleiben wird, müssen sich die Gralshüter des »Schuldenverbotes« entscheiden, ob sie wegen der Einnahmeeinbrüche Investitionen in Schulen und das städtische Klinikum aufschieben oder gar bei Kultur und Sozialem streichen wollen und damit denen, die jetzt am meisten getroffen wurden, den Rest geben wollen.

*Jens Matthis*

**PEGIDA****Stadtverwaltung rollt roten Teppich aus**

Aufgrund der Corona-Pandemie durften seit März keine Versammlungen oder Demonstrationen mehr stattfinden. Doch ausgerechnet am 20. April wurde für PEGIDA eine Ausnahme gemacht. LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach wurde deutlich: »Nachdem wochenlang das Versammlungsrecht faktisch außer Kraft gesetzt wurde, wird in Dresden pünktlich zum Führergeburtstag der rote Teppich für PEGIDA ausgerollt.« Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Margot Gaitzsch sagte dazu: »Nach den Einschränkungen der letzten Wochen ist die Ausnahme für PEGIDA ein Schlag ins Gesicht eines jeden Demokraten. Ich verurteile die Entscheidung der Versammlungsbehörde Dresdens aufs schärfste und fordere den Oberbürgermeister Dirk Hilbert auf, nun endlich für klare Regeln und ein nachvollziehbares Verwaltungshandeln bei Entscheidungen der Versammlungsbehörde für Demonstrationen unter den Bedingungen des Infektionsschutzes zu sorgen.«

*Die Redaktion*



Die Demokratie erhält sich nicht von selbst.

**BILDUNGSGERECHTIGKEIT****Ein Netz für alle**

**M**it einem neuen Antrag will die Fraktion dafür sorgen, dass öffentliche, freie WLAN-Netze schneller bereitgestellt werden - durch die Zusammenarbeit mit den Freifunkern sowie der Erweiterung des WLAN-Netzes seitens der Stadtverwaltung. Es braucht die digitale Grundstruktur - besonders in Stadtteilen wie Prohlis und Gorbitz. Zudem soll erreicht werden, dass alle Schüler\*innen Zugriff auf ein geeignetes Endgerät erhalten. In Ausnahmesituationen, wie der Corona-Pandemie, zeigt sich die Notwendigkeit als Kommune die digitale Bildungsgerechtigkeit zu sichern. Darüber hinaus soll der Antrag das kostenlose Scannen, Kopieren und Drucken für Dresden-Pass-Nutzer\*innen in Stadtebibliotheken ermöglichen.

*Die Redaktion*

**VORNE LINKS**

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

**Impressum**

**Herausgeber**  
DIE LINKE. Fraktion  
im Dresdner Stadtrat  
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208  
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

**Kontakt**  
Telefon: 0351/4882822  
fraktion@dielinke-dresden.de  
www.linke-fraktion-dresden.de

**V.i.S.d.P.**  
Thomas Feske

**Autor\*innen dieser Ausgabe**  
Anja Apel, Thomas Baumann-Hartwig,  
Christopher Colditz, Thomas Feske, Dr. Margot  
Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht,  
Anne Holowenko, Dr. Kristin Kaufmann, Caroline  
Lentz, Jens Matthis, Jana Neveling, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwährende Kürzungen vor.

**Bildnachweise**

Jana Neveling (1; 6; 8), Mario Hoesel (2),  
bfhk/ pixabay (2), janeb13/ pixabay (2),  
Dietrich Flechtner/ DNN (3), Kay Körner/  
Wikimedia commons (4), ArtTower/ pixabay (4),  
Frank Grätz(5), Marcel Ritschel (5), Africa Studio  
(6), rihajj/ pixabay (6), khamkhor/ pixabay (7),  
Anja Apel (7), Einsamer Schütze/ wikimedia  
commons (7), Nationalismus raus aus den  
Köpfen (8), Stux/ pixabay (8)

**Gestaltung und Satz**  
Norbert Engemaier

**Druck**  
LR Medienverlag  
und Druckerei GmbH

**Auflage**  
Die Papierausgabe wird in einer Auflage  
von 2500 Exemplaren gedruckt.

**Redaktionsschluss**  
16.4.2020

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat